

BSU



Zentralarchiv

MfS - BdL / Dok,

Nr. 003493

1. Exemplar

Posteingang: 288 | 5.8.60

KD Pankow

E. Pankow. 145 47/60

Ull.

E 47/60

für Klausur

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

Der Minister -

Vertrauliche Verschlusssache

MfS CDB Nr. 521/60

69. Ausfertigungen

69. Ausfertigung 11 Blatt

BfSU

000001

Berlin, den 7. 7. 1960

Betr.: Politisch-operative Maßnahmen und Erfahrungen zur
Einschränkung und Verhinderung von Republikfluchten
in Ausführung der Anweisung Nr. 1/60 vom 4.5.1960

Um die ansteigenden Republikfluchten wirksam zu bekämpfen, wurden, neben der umfassenden politischen Orientierung aller Mitarbeiter in allen Dienstseinheiten des MfS auf dieses Problem, eine Reihe operativer und organisatorischer Maßnahmen eingeleitet, die zum Teil schon gute Erfolge gebracht haben. Solche Maßnahmen sind z. B. das Einbeziehen aller inoffiziellen Mitarbeiter zur Aufklärung und Verhinderung von Republikfluchten, die Schaffung neuer, speziell für diese Zwecke geeigneter IM, wie Taxichauffeure, Fahrkartenverkäufer, Briefträger u. a. Personenkreise.

Alle durch inoffizielle Quellen erhaltenen Hinweise werden operative bearbeitet und unter Wahrung der Konspiration entsprechend zur Verhinderung der Republikflucht ausgewertet.

Neben den inoffiziellen Mitarbeitern werden die technischen Möglichkeiten des MfS einschliesslich der Abteilung M systematisch für die Aufklärung von Republikfluchten und Ursachen herangezogen.

Auch die Ausnutzung aller inoffiziellen Kontakte und Verbindungen des MfS und die Auswertung offiziellen Materials erfolgt unter dem Gesichtspunkt der Erkundung von Republikfluchtabsichten und der Verhinderung von Republikfluchten.

ESIU
000002

Vertrauliche Verschlusssache
MS 003 Nr. 521/60

So werden z. B. solche Personen überprüft, die bei den verschiedenen Geldinstituten größere Geldabhebungen machen, Wohnungseinrichtungen, Fahrzeuge u. a. Wertgegenstände verkaufen, bzw. durch ähnliche Erscheinungen verdächtig wirken.

Mit den verantwortlichen Funktionären des Deutschen Reisebüros werden Maßnahmen zur Verhinderung von Republikfluchten unter Ausnutzung von Touristenreisen festgelegt.

Um weitere wirksame Abwehrmaßnahmen einleiten zu können, werden unter Ausnutzung aller inoffiziellen und offiziellen Möglichkeiten analytische Übersichten über die verschiedenen Objekte und Orte geschaffen, insbesondere über solche, die sich in der Vergangenheit als Schwerpunkte der Republikflucht und Abwerbung erwiesen, bzw. die sich zu solchen entwickeln könnten.

Dabei werden besonders solche Fakten beachtet, wie der politisch-ideologische Zustand, die verschiedenartigen Verbindungen nach Westdeutschland (Betriebe, Konzerne, Gesellschaften, Tagungen, verwandtschaftliche Beziehungen, Verbindungen zu republikflüchtigen Personen usw.), welche Mängel und Schwächen oder andere Anlässe zur Republikflucht gibt es u. a.

Dabei werden auch solche Personen beachtet, mit denen es Auseinandersetzungen in parteimäßiger, disziplinarischer und arbeitsmäßiger Hinsicht gab und gibt, bzw. alle anderen Gründe, die Anlaß zu einer evtl. Republikflucht sein könnten.

Zur Absicherung der DDR-Teilnehmer an wissenschaftlichen Tagungen und Kongressen in Westdeutschland und Westberlin wird der zentrale Einsatz geeigneter inoffizieller Mitarbeiter organisiert.

Gleichermaßen wurden die Anstrengungen verstärkt, die Tätigkeit, die konkreten Maßnahmen und Methoden der Geheimdienste und Agentenzentralen und anderer Einrichtungen (Flüchtlingslager, Konzerne usw.) in Westdeutschland und Westberlin, besonders hinsichtlich der Organisation der Republikfluchten und Abwerbungen, aufzuklären und weitgehendst auszuschalten.

- 3 -

BSU
000003

In diesem Zusammenhang sollen Materialien beschafft und entsprechend den Möglichkeiten publiziert werden, um der Bevölkerung das Flüchtlingselend, die Perspektivlosigkeit in Westdeutschland und die verbrecherische Ausnutzung der Republikflüchtigen überzeugend nachzuweisen.

Zu diesem Zweck sollen auch republikflüchtige Personen für die Rückkehr in die DDR gewonnen werden, die für ein öffentliches Auftreten in Versammlungen, Foren usw. geeignet sind.

Um möglichst vollständig in den Besitz von Hinweisen zu kommen und um die Maßnahmen zur Verhinderung von Republikfluchten allumfassend und mit großer Wirksamkeit durchführen zu können, wurde, bis zur Gemeindeebene hinab, eine enge und speziell auf diese Aufgaben zugeschnittene Zusammenarbeit mit den Partei- und Staatsorganen, besonders mit den Organen der VP, der Trapo, der DGP und des AZKW, organisiert.

Zu einem großen Teil werden die wichtigsten Maßnahmen in regelmäßigen Besprechungen beraten, Erfahrungen ausgetauscht und für Agitationszwecke auswertbares Material der Partei zur Verfügung gestellt, wo auch von Fall zu Fall entschieden wird, welche Organe Rücksprachen mit den Republikfluchtverdächtigen führen usw.

Im Bezirk Potsdam z. B. besteht neben der Kommission der Bezirksleitung, der alle Leiter der Sicherheitsorgane, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes und der Leiter der Abteilung Sicherheit der Bezirksleitung angehören, eine Brigade, die sich aus Angehörigen der Partei, des Staatsapparates, der VP, des MfS zusammensetzt und die speziell in solchen Kreisen eingesetzt wird, wo sich Schwerpunkte von Republikfluchten ergeben. Diese Brigade hat die Aufgabe, in solchen Gebieten unmittelbare operative Unterstützung zu geben.

- 4 -

Ebenfalls wurde in gemeinsamen Festlegungen dafür gesorgt, daß alle im Zusammenhang mit Republikfluchten stehenden Überprüfungs- und Auskunftersuchen schnellstens durch die entsprechenden Stellen des MfS, der VP u. a. Organe erledigt werden.

Die speziellen Maßnahmen der VP erstrecken sich hauptsächlich auf eine bessere Durchführung der Kontrolltätigkeit, der Fahndung und der Beschaffung von Informationen.

So werden z. B. verstärkt von VK und Mot. Kom. die Fernverkehrsstraßen und Zufahrtsstraßen in Richtung Berlin kontrolliert, Einzelfahrten und Gesellschaftsfahrten nach Berlin bzw. in die Randgebiete Berlins (Potsdam, Werder) aufgeklärt und zu diesem Zweck für Verkehrsgesellschaften, Reisebüros, Fuhrunternehmer, Taxigenossenschaften usw. ein Meldesystem durch die Abteilung E geschaffen. Allen größeren Verkaufsangeboten und Verkäufen wird nachgegangen. Durch die Abteilung PM werden alle abgelehnten Anträge auf Westreisen an die K gemeldet, desgleichen Genehmigungen für Angehörige von Kreisen der Intelligenz.

Der Verwandten- und Bekanntenkreis flüchtiger Personen wird unter operative Kontrolle genommen, um ein Nachziehen dieser Personen zu verhindern.

Zur Aufdeckung von Republikfluchten werden das gesamte Netz der freiwilligen Helfer der ABV, die IM der Abteilung K und alle sonstigen Informationsquellen eingeschaltet.

An den Sektorengrenzen in Berlin wurden zur Verhinderung gewaltsamer Durchbrüche neue Verkehrsregelungen eingeführt, wie Geschwindigkeitsbeschränkungen, Stopp-Schilder, Sperr-Schilder u. a.

Von der Transportpolizei wird der Einsatz der ZBK verstärkt und die Kontrollen noch gründlicher durchgeführt, besonders an Wochenenden und Feiertagen. Größerer Wert als bisher wird auf die Kontrolle des Reisegepäcks einschliesslich der Pack-

- 5 -

BSTU
000005

wagen gelegt und neben dem üblichen Fahndungsbuch wird ein Kontrollbuch eingeführt, in dem alle Personen, die im Verdacht der Republikflucht stehen, aufgeführt sind. Außerdem kommen für die Kontrolle in den Reisezügen nach Berlin zusätzlich Kräfte zum Einsatz und zum Teil auch Mitarbeiter des MfS, die durch operative Maßnahmen und durch Zusammenwirken mit der Trapo alle verdächtigen Personen überprüfen und eine evtl. Republikflucht verhindern.

Neben der allgemeinen Verbesserung der Kontrolltätigkeit durch das AZKW werden von diesem Organ alle Hinweise auf Verdacht der Republikflucht an das MfS gegeben und Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Überwachungsdienst der Deutschen Post eingeleitet, größere Geldsendungen nach Berlin, Paketsendungen nach Westberlin oder Westdeutschland zu prüfen und - wenn sich Verdachtsmomente ergeben - unterbinden. Die Absender werden dann durch die VP aufgeklärt.

Außerdem ist vorgesehen, daß vom AZKW der regelmäßige Omnibus-Linienverkehr nach Berlin oder in die Randgebiete, die Abfahrtsplätze und Zeiten beachtet und ebenfalls die Fahrgäste und das Gepäck überprüft werden. Das gleiche trifft für Gelegenheitsfahrten und Flugverbindungen zu.

Als wichtigste Maßnahme der DGP erfolgt eine sorgfältige Überprüfung des Sicherungssystems an der Staatsgrenze West und am Ring um Berlin und die schnelle Beseitigung aller damit zusammenhängenden Mängel einschliesslich ideologischer und disziplinarischer Schwächen im Personalbestand der DGP selbst, um die noch immer beträchtliche Zahl von Grenzdurchbrüchen, meist von Personen und teilweise ganzen Familien aus der Landwirtschaft mit Vieh, Fahrzeugen u.a. Wertgegenständen, einzuschränken. In verstärktem Maße werden Grenzpolizeiheifer-Dörfer geschaffen und die Schulung der freiwilligen Helfer verbessert. Grenzpolizeiheifer u.a. Personen, die brauchbare Hinweise zur Verhinderung von Republikfluchten geben, werden prämiert.

Außer diesen allgemeingültigen Maßnahmen werden je nach Möglichkeiten und örtlichen Erfordernissen spezielle Aufgaben gestellt.

- 6 -

BRU 000006

Auswirkungen der bisher eingeleiteten Maßnahmen

Die vorgenannten Maßnahmen zur Einschränkung der Republikflucht führten allein in der Zeit vom 24.5. - 22.6.1960 dazu, daß 4.404 Personen gestellt und zurückgehalten werden konnten.

An diesem Ergebnis sind die einzelnen Organe wie folgt beteiligt:

303	Personen	durch	die	Volkspolizei
2.389	"	"	"	Transportpolizei
496	"	"	"	Grenzpolizei
716	"	"	"	das AZKW.

In dem genannten Zeitraum wurden weiterhin auf Grund der Vorbereitungshandlungen 992 beabsichtigte Republikfluchten erkannt und zunächst verhindert.

Bei diesen und weiteren Zahlenangaben über verhinderte Republikfluchten ist jedoch zu beachten, daß erfahrungsgemäß ein Teil dieser Personen erneut versucht, die DDR zu verlassen, was auch teilweise gelingt.

Die Maßnahmen des MfS zeigten sich offiziell vor allem in Aussprachen mit den der Republikflucht verdächtigen Personen, in Hinweisen an andere Organe zur Überwachung, Sicherung oder Festnahme, in koordinierten gemeinsamen Maßnahmen, die in Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen eingeleitet und durchgeführt wurden und in der Erarbeitung und Zurverfügungstellung von Auswertungsmaterialien über die Situation in den Flüchtlingslagern und über die Lebensverhältnisse der Republikflüchtigen in Westberlin und Westdeutschland.

Wesentliche Erfolge konnten durch verstärkte Kontrollen der Abteilung - M - des MfS erreicht werden.

So wurden allein im Bezirk Neubrandenburg auf der Grundlage von M-Materialien 127 Aussprachen geführt. Von diesen angesprochenen Personen wurden bisher nur 4 flüchtig.

An die Volkspolizei sowie andere staatliche Organe wurden über 90 Hinweiss gegeben, die ebenfalls überwiegend erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

In Zusammenarbeit mit der Transportpolizei sind verschiedene Bezirksverwaltungen des MfS (Schwerin, Leipzig, Erfurt u.a.) dazu übergegangen, an bestimmten Tagen die nach Berlin fahrenden Züge in Verbindung mit der Transportpolizei durch operative Mitarbeiter der Fachabteilungen des MfS zu kontrollieren.

Durch diese Zusammenarbeit war es z.B. im Bezirk Schwerin möglich, in der Zeit vom 1.3. - 23.5.1960 in den D-Zügen nach Berlin 196 Personen, die flüchtig werden wollten, festzustellen und zurückzuführen.

Gute Ergebnisse wurden auch durch eine enge Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspolizei erreicht.

So konnten z.B. in den Kreisen Grevesmühlen, Doberan und Wolgast/Rostock durch gute Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei mehrere Republikflüchtige festgenommen werden, die mit gemieteten Taxis flüchtig waren. Einem dieser Taxifahrer konnte Beihilfe in zwei Fällen nachgewiesen werden.

Ein ehemaliger Bauunternehmer, der bei dem VEB Bauunion Potsdam als Maurer beschäftigt ist, führte im Auftrag eines Westberliner Bauunternehmers Abwerbungen von Baufacharbeitern durch. Es gelangen ihm insgesamt 13 Abwerbungen, wovon 5 Personen im volkseigenen Sektor beschäftigt waren.

Der Beschuldigte wurde verhaftet.

In den Kreisen Schwerin und Hagenow traten insbesondere unter den Bauern Abwerber auf. Zwei dieser Elemente konnten verhaftet werden. Es handelt sich dabei um den Inhaber eines Fahrradaufbewehrstandes und einen privaten Taxifahrer.

Beide standen der Deutschen Demokratischen Republik feindlich gegenüber. Die Hausdurchsuchungen erbrachten Beweisgegenstände für die Fakten der Abwerbung, da eine Generalstabskarte mit Einzeichnungen aller Kontrollpunkte der Deutschen Grenzpolizei vom Ring um Berlin und Aufstellungen über bestimmte Anfahrtswege und Verkehrsverbindungen bis zum Lager Marienfelde vorgefunden wurden.

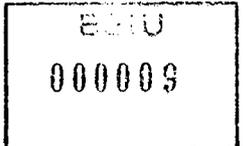
Der eine dieser Abwerber hatte engste Verbindungen zu westlichen Kirchenkreisen. Die feindliche Handlungsweise erstreckte sich von der ideologischen Beeinflussung bis zur aktiven Fluchthilfe.

In Gütersdorf, Kreis Oschersleben, organisierte der Sohn eines ehemaligen Großbauern Diversionshandlungen und gewann zwei weitere Genossenschaftsbauern, die Mitglied der LPG Typ I waren, zur Durchführung weiterer Verbrechen gegen die LPG Typ III der gleichen Gemeinde. So wurden von ihnen Landmaschinen beschädigt, wertvolle Aggregate außer Betrieb gesetzt und Luftbereifungen von Landmaschinen zerstört. Ziel des Organisators war, die Beeinflussung der beiden Mitäter soweit zu führen, daß eine gemeinsame Republikflucht zur Durchführung kommen sollte. Er forderte sie zu einer großen Aktion auf, die zum Schaden der LPG erfolgen sollte. Das Vorhaben konnte durch die Verhaftung des Hauptbeschuldigten abgewehrt werden.

Es wurden eine Reihe weiterer Vorgänge durch Festnahmen abgeschlossen, die ähnliche Abwerbungsdelikte beinhalteten.

Verbessert hat sich dabei auch die Arbeit und Initiative der ABV, die teilweise bereits zu guten Ergebnissen führte. Z.B. wurden im Kreis Grimmen/Rostock durch einen ABV 4 Personen festgenommen, die mit einem PKW die DDR zu verlassen versuchten.

10.000.- DM und andere Wertgegenstände, die teilweise schon im demokratischen Sektor hinterlegt waren, konnten sicherge-



stellt werden.

Dem ABV von Fretterode/Heiligenstadt wurde bekannt, daß 10 Personen aus der Gemeinde Vorbereitungen zur Republikflucht trafen. Durch gemeinsam mit der Partei und der Nationalen Front geführte Aussprachen wurde erreicht, daß alle 10 Personen ihre Fluchtabsichten aufgaben und in der DDR verblieben.

Positive Auswirkungen der eingeleiteten Maßnahmen zur Einschränkung der Republikflucht zeigen sich vor allem in den Randgebieten von Berlin.

Die Arbeit des AZKW in den Randgebieten von Berlin wurde vor allem durch die Besetzung von Fehlstellen mit Schülern der AZKW-Schule Johann-Georgenstadt verbessert. Während vorher nur in geringem Umfange Verdächtige durch das AZKW festgehalten wurden, konnten in der letzten Zeit innerhalb von 14 Tagen 893 Personen gestellt werden. Von diesen Personen stammten 25 % aus dem Bezirk Potsdam, während 75 % aus anderen Bezirken kamen.

Trotz dieser angeführten positiven Auswirkungen, die durch die einzelnen Maßnahmen zur Einschränkung der Republikflucht erreicht wurden, gibt es aber noch erhebliche Mängel und Schwächen in der Bekämpfung der Republikflucht.

So wurde in der Zusammenarbeit mit den Organen der Volkspolizei festgestellt, daß die ABV und unteren Mitarbeiter zum überwiegenden Teil sehr gewissenhaft ihre Aufgaben zur Verhinderung der Republikflucht durchführen, aber bei den vorgesetzten Dienststellen oftmals nicht die erforderliche Unterstützung finden.

Dies zeigt sich in verschiedenartigen Formen.

Z.B. lehnte der komm. Stellvertreter Allgemein beim VPKA Bergen/Rügen die Fahndung nach einer republikflüchtigen Person mit dem Bemerkung ab, daß diese wahrscheinlich schon den Ring um

- 10 -

Berlin passiert habe.

Durch die von der Dienststelle des MfS eingeleiteten Maßnahmen konnte diese Person jedoch noch festgenommen werden.

Mängel zeigen sich weiterhin bei der Rückführung von Personen, die unter dem Verdacht der Republikflucht auf dem Wege nach Berlin bzw. am Ring um Berlin festgenommen werden.

Es liegen mehrere Hinweise vor, wonach vorläufig festgenommene Personen von den Kontrollorganen mit der Anweisung zurückgeschickt wurden, sich auf ihrem zuständigen VPKA zu melden. Diese Personen nutzen dieses unkontrollierte Vorgehen dazu aus, um auf anderem Wege nach Westberlin zu gelangen.

In diesem Zusammenhang muß auf die noch immer vorhandenen Lücken im Grenzsicherungssystem an der Staatsgrenze West hingewiesen werden, wo erst in der letzten Zeit wieder verstärkt Grenzdurchbrüche mit Fahrzeugen und Ausrüstungen erfolgten.

Auch für den Ring um Berlin gibt es Hinweise, daß die Grenzsicherung noch nicht den Erfordernissen entspricht.

Während einerseits noch immer gewaltsame Grenzdurchbrüche mit Fahrzeugen erfolgen, mußten andererseits allein in der Zeit vom 1.4. - 20.5.1960 von den Parkplätzen in Potsdam und den Randkreisen 51 PKW und Krafträder abgeschleppt werden, deren Besitzer von dort aus republikflüchtig geworden waren.

Von diesen 51 Fahrzeugen waren 10 aus dem Bezirk Potsdam.

Ein großer Teil der Personen, der die DDR zu verlassen beabsichtigt, versucht vorher die Fahrzeuge zu verkaufen.

Um den Staatsorganen die Möglichkeit zu nehmen, ihre Fluchtabsichten festzustellen und zu erforschen, lassen sie dabei ihre Fahrzeuge oftmals in anderen Kreisen oder Bezirken taxieren.

Diese Lücke könnte geschlossen werden, wenn alle Fahrzeuginhaber ihr Kfz nur dort taxieren lassen dürfen, wo es polizeilich angemeldet und registriert ist.

